



## Factsheet

### Closed Controlled Access Centres (CCAC) - Gefängnisse für Geflüchtete an den EU-Außengrenzen

Die Lage für Geflüchtete an den EU-Außengrenzen verschärft sich weiter. Mit dem „New Pact on Migration and Asylum“ (kurz: New Pact) zieht die EU-Kommission weitere Konsequenzen aus dem Umgang mit Geflüchteten 2015/16 und setzt die Politik der Migrationsabwehr fort. Der New Pact soll laut EU-Kommission vor allem eine Verantwortungsteilung der Aufnahme von Geflüchteten zwischen den EU-Mitgliedstaaten regeln. Unter anderem sieht der New Pact aber vor, dass Grenzverfahren von Schutzsuchenden unter Haftbedingungen durchgeführt werden dürfen. Auf den Inseln in der Ägäis sind bereits die ersten sogenannten Closed Controlled Access Centres (CCAC) eröffnet worden.<sup>1</sup>

#### Aufbau

In den neuen Camps leben die Menschen in Containern, die eine kleine Küche und ein Bad und warmes Wasser sowie Strom und Klimaanlage haben sollen. Die Camps bieten separate, eingezäunte Bereiche für besonders schutzbedürftige Personen wie unbegleitete Minderjährige und Alleinerziehende. Außerdem gibt es Aufenthaltsbereiche für Außenstehende und Neuankömmlinge sowie eine Quarantänezone. Kinder können sich auf eingezäunten Spielplätzen aufhalten, außerdem gibt es sogenannte „Freizeitbereiche“. Abgelehnte Asylbewerber\*innen dürfen das Camp nicht verlassen und können im Abschiebevorbereitungszentrum (PROKEKA), ein von der griechischen Polizei betriebenes Hochsicherheitsgefängnis, 18 Monate lang eingesperrt werden. Angeboten werden sollen Englischkurse, Griechischunterricht, Computerkurse und Musikunterricht, jedoch nicht staatlich, sondern durch die Organisationen wie Movement on the Ground und Eurorelief. Kinder sollen in einen staatlichen Kindergarten gehen und öffentliche Schulen außerhalb des Camps besuchen. Eine ärztliche Versorgung ist vorgesehen, jedoch fehlt das Personal. Ärzte ohne Grenzen versucht diese Lücke zu füllen. Der Zugang zum griechischen Gesundheitssystem und zu Sozialleistungen ist für Geflüchtete stark eingeschränkt. Die neuen Camps befinden sich alle weit weg von Ortschaften (zwischen 6 km und 35 km) und sind schlecht an das Verkehrssystem angebunden. Die Schutzsuchenden bekommen 2,50€ pro Einzelperson, 1,75€ pro Familienmitglied staatliche Unterstützung am Tag, was nicht mal für eine Hin- und Rückfahrt mit dem Bus in die nächstgrößere Stadt ausreicht.

<sup>1</sup> Weitere Verordnungen, die vor allem die Schutzsuchenden betrifft, sind: 1. Die Screening-Verordnung besagt, dass Schutzsuchende nach Ankunft bis zu zehn Tage für die Feststellung ihres Asylgesuchs festgehalten werden dürfen. 2. Die Krisen-Verordnung kann dazu führen, dass das Grenzverfahren ohne faktische Einreise auf Gruppen von Schutzsuchenden mit einer Anerkennungsquote von bis zu 75 % ausgeweitet wird. 3. Die Asylverfahrensverordnung beinhaltet die Fiktion der „Nicht-Einreise“, die für Schutzsuchende einen Freiheitsentzug von bis zu zwei Jahren bedeuten kann. 4. Die Asyl- und Migrationsmanagementverordnung legt fest, dass das „Ersteinreiseprinzip“ bestehen bleibt, womit die Hauptverantwortung weiterhin bei den Außengrenzstaaten bleibt.

#### Was sind Closed Controlled Access Centres (CCAC)?

CCACs sind von der EU finanzierte und von dem griechischen Staat betriebene Camps, in welchen Schutzsuchende nach der Ankunft auf EU-Territorium in Griechenland festgehalten werden, bis über ihren Asylstatus entschieden wurde.

#### Hintergrund

Das Konzept dieser Camps wurde nach den Erfahrungen mit dem Camp Moria (Lesbos, GR) entwickelt, in welchem zeitweise mehr als 20.000 Menschen leben mussten, obwohl es nur auf 3000 Menschen ausgerichtet war. Es befand sich in der Nähe der Inselhauptstadt Mytilene. Die neuen Camps sind nicht mehr in der Nähe von Städten und sollen die nötige Infrastruktur zum Leben vor Ort bieten, sodass sie nicht verlassen werden müssen. Die Menschen sollen in den CCACs identifiziert und registriert werden und nach geplanten beschleunigten Asylprozessen die Camps nach kurzer Zeit wieder verlassen. Je nach Asylentscheid durch Weiterreise aufs Festland oder Abschiebung in Dritt- bzw. „Heimatland“.

#### Verantwortliche

Ministerium für Asyl und Migration, die griechische Polizei, die EU-Grenzschutzagentur Frontex und verschiedene europäische und internationale Akteure (z.B. UNHCR, IOM, Movement on the Ground und Eurorelief)

## Sicherheit

Die CCACs werden durchgehend von Sicherheitspersonal und Kameras überwacht. Die Aufnahmen werden direkt in einen Überwachungsraum im griechischen Migrationsministerium übertragen und filmen auch das Innere der Wohncontainer. Eine künstliche Intelligenz soll helfen, das Material live auszuwerten und vor „Bedrohungssituationen“ zu warnen. Die Ein- und Ausgänge werden mithilfe von Drehkreuzen, Metalltoren, Körperscannern, Metalldetektoren und einem biometrischen Zwei-Faktor-Zugangskontrollsystem kontrolliert – mit Karte und Fingerabdruck. Beim Einlass gibt es einen Sicherheitscheck. Die Camps sind von Wachtürmen sowie Zäunen und NATO-Draht umgeben. Zur Überwachung kommen außerdem Drohnen und Wärmebildkameras zum Einsatz. Von 20 Uhr bis 8 Uhr gibt es eine Aus- und Eingangssperre, von der keine Ausnahmen gemacht werden. Teilweise wird Geflüchteten der Ausgang komplett verwehrt. Der Zugang für Journalist:innen, Menschenrechtsbeobachter:innen und Anwält:innen ist stark beschränkt und nur mit angemeldeter offizieller Führung möglich.

## Folgen für Geflüchtete

- Gefängnisähnliche Lebensbedingungen für Schutzsuchende für die Dauer von bis zu zwei Jahren
- Unzureichende medizinische, psychologische und humanitäre Versorgung der Schutzsuchenden
- Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch Aus- und Eingangssperren und fehlende Angliederung der Camps an den Nahverkehr
- Einschränkungen des Rechts auf Bildung durch die fehlende Eingliederung in lokale Schulen
- Einschränkung des Rechts auf Selbstbestimmung durch die Abhängigkeit von den Angeboten im Camp
- Das zur Verfügung gestellte Essen ist sehr einseitig, hat schlechte Qualität und ist teilweise von Ungeziefer und Schimmel befallen
- (Re)Traumatische Erfahrung für Kinder und Erwachsene durch Stacheldraht, Gefängnisstrukturen und die ständige Überwachung durch Sicherheitspersonal
- Ausschluss aus der Gesellschaft und Isolation
- Einschränkung des Rechts auf die persönliche Entfaltung der Kinder durch fehlende Möglichkeiten von Freizeitaktivität und persönlicher Kontakte
- Schnellere, aber dafür ungenaue Asylverfahren, die zu vorschnellen Entscheidungen führen können
- Keine Planungssicherheit, da Asylverfahren unbestimmt lange dauern
- Anerkannte Flüchtlinge bekommen nur für einen Monat staatliche Unterstützung und werden danach häufig wohnungslos
- Das „illegale“ Verlassen des Camps kann zum Verlust des Rechts auf ein Asylverfahren führen, womit eine direkte Abschiebung droht
- Abgelehnte Asylbewerber\*innen haben keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung
- Geflüchtete, die sich „illegal“ in Griechenland aufhalten, bekommen keine Unterstützung des Staates und selten von Hilfsorganisationen

## Politischer Rahmen

- Die Kriminalisierung und Entrechtung von Geflüchteten muss problematisiert werden. Unsere EU-Parlamentsabgeordnete müssen mit dieser Realität konfrontiert und aufgefordert werden, sich für eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik einzusetzen. Gehen wir zusammen auf Demonstrationen gegen die Abschottung!
- Hoffnung macht, dass es nach wie vor Menschen gibt, die sich trotz aller Repressionen und Anfeindungen für Geflüchtete aktiv einsetzen. Unterstützen wir kirchliche und zivilgesellschaftliche Organisationen und Seenotrettung mit unserem Engagement und finanziell!
- Werdet kreativ und unterstützt die Posterkampagne von Now You See Me Moria <https://nowyouseememoria.eu/no-child-in-a-prison/>

## Standorte der CCACs

Finanzierung: 276 Millionen Euro durch die EU  
Planung und Umsetzung: Griechenland  
Kontrolle der Einhaltung von EU-Standards: Taskforce für Migrationsmanagement bestehend aus EU-Agenturen (Frontex, EASO, FRA) und internationalen Organisationen (IOM, UNHCR)

Samos (seit 2021; Kapazität: 3000 Menschen)  
Leros (seit 2021; Kapazität 2140 Menschen)  
Kos (seit November 2021; Kapazität 2140 Menschen)  
Chios (ab 2023; Kapazität 1800 Menschen)  
Lesbos (ab 2023; Kapazität 5000 Menschen)

## Politischer Rahmen

- Institutionalisierung des Wegsperrens von Geflüchteten
- Weitere Verschärfung der Abschottungspolitik der EU – Ziel Abschreckung
- Zukunft der Migrations- und Asylpolitik der EU (NEW Pact).
- Menschenrechtlich problematisch – Recht auf Asyl.
- Politik ist keine Antwort auf die weltweiten Fluchtbewegungen.
- Umgang widerspricht auch dem christlichen Menschenbild?

## Publikationen&Quellen

[Abschottung mit System](#)



## Kontakt

pax christi – Deutsche Sektion e.V.  
Feldstraße 4, 13355 Berlin  
030-20076780  
sekretariat@paxchristi.de  
www.paxchristi.de

Die internationale katholische Friedensbewegung arbeitet ökumenisch, verbindet Gebet und Aktion und tritt in über 60 Ländern für Frieden und Gerechtigkeit ein. Aktive Gewaltfreiheit ist der Kern unseres politischen Handelns für eine gerechte Welt ohne Gewalt und Waffen.

**Autor:innen: Kommission Migration**

